



David Sassan Müller, lic. iur., Rechtsanwalt
Juristischer Mitarbeiter der AIHK, Aarau

Abschottung ist untragbar für die Wirtschaft

Der Schweizer Wirtschaft geht es vergleichsweise gut. Der Arbeitsmarkt absorbierte die netto etwa 600 000 Menschen, die seit Einführung der Personenfreizügigkeit in die Schweiz einwanderten. Im globalen Vergleich ist die Arbeitslosenquote hierzulande mit gegen 3 Prozent sehr tief. Doch der Wirtschaftsstandort steht an verschiedenen Fronten vor grossen Herausforderungen. In dieser Situation ist Abschottung Gift für unseren Wohlstand.

Die «1:12»-Initiative ist bei Volk und Ständen komplett durchgefallen. Trotzdem sieht sich die Wirtschaft schon bald wieder mit ebenso schädlichen Vorlagen zu staatlichen Lohndiktaten konfrontiert. Unter Druck stehen darüber hinaus der Finanzplatz und das Steuerwesen, welche sich teils grundlegend neu ausrichten müssen. Die Schweiz beabsichtigt zudem, rasch die Energiewende herbeizuführen. Und die knapper werdenden Landressourcen zwingen zum Überdenken der bisherigen Raumplanung. Sorgen bereitet die anhaltende Beschäftigungsverlagerung weg von Exportwirtschaft und Industrie, hin zu staatsnahen Betrieben. Die demographische Entwicklung belastet die umlagefinanzierten

Sozialversicherungen, wobei die Zuwanderung diese Entwicklung stark bremst. Diese Beispiele verdeutlichen, vor welcher riesigen Herausforderungen die Gesellschaft und insbesondere die Wirtschaft als Fundament unseres Wohlstandes stehen.

Wichtigkeit des bilateralen Weges

Es mag paradox erscheinen, doch war es eigentlich die SVP, welche den bilateralen Weg zementierte, indem sie 1992 das Schweizer Stimmvolk vom Nein zu einem Beitritt in den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) überzeugte. Obwohl es schon vor diesem Entscheid Abkommen zu den bilateralen

Wirtschaftsbeziehungen gab, kamen in den verbleibenden 90er-Jahren laufend weitere Abkommen hinzu. So gilt seit dem 1. Juni 2002 zwischen der Schweiz und der EU die Personenfreizügigkeit gestützt auf das entsprechende Freizügigkeitsabkommen (FZA) von 1999. Das FZA war von Anfang an mit sechs weiteren Abkommen im Paket «Bilaterale I» verknüpft. Wird das FZA gekündigt, so werden automatisch auch die anderen Abkommen aufgelöst.

Industriestaaten weltweit sind heute auf hoch qualifizierte Fachkräfte angewiesen. Deutschland beispielsweise, verliert seit Jahren viele gut ausgebildete Fachkräfte ans Ausland, so dass nun Gegensteuer gegeben wird. Die Schweiz ist in der gegenteiligen Situation. Das heutige, duale Zuwanderungsmodell richtet sich nach der Nachfrage der Unternehmen und trägt somit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Rechnung. Netto sind in den letzten 11 Jahren mehr als eine halbe Million Menschen in die Schweiz eingewandert. Während das Wirtschaftswachstum in den 90er-Jahren in der Schweiz gering ausfiel, überflügelt unser Land den Euroraum diesbezüglich seit 2004. Das durchschnittliche jährliche Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) fiel in der Schweiz seit 2002 höher aus, als in den Jahren zuvor. Abgesehen von einzelnen Regionen mit hohen Anteilen von Grenzgängern, entwickelten sich auch die Reallöhne positiv. Die hochindustrialisierte Schweizer Wirtschaft konnte den hiesigen Mangel an Fachkräften über das duale Zuwanderungsmodell abdecken. Der bilaterale Weg hat sich somit bewährt und rückblickend lässt sich festhalten, dass die SVP damals richtig lag. So ist die Bedeutung der bilateralen Verträge und insbesondere das FZA für unseren Wirtschaftsstandort immens.

Abschottung ist gefährlich und löst keine Probleme

Fallen die bilateralen Abkommen tatsächlich dahin, wäre unsere Wirtschaft faktisch vom wichtigsten Absatzmarkt für Schweizer Produkte abgeschnitten. Die durch den anhaltend starken

Überblick: Die sieben Abkommen der «Bilateralen I»

BILATERALE I		
Personenfreizügigkeit Freie Wahl von Arbeitsplatz und Wohnsitz innerhalb der Vertragsstaaten, Anerkennung von Berufsdiplomen, Koordinierung der Sozialsysteme.	Technische Handelshemmnisse Gegenseitige Anerkennung von Normen der meisten Industriegüter. Aufwendige und teure Doppelprüfungen entfallen und neue Produkte können schneller auf den Markt gebracht werden.	Öffentliches Beschaffungswesen Verbesserung des Zugangs zu öffentlichen Ausschreibungen von Gemeinden (Eisenbahn, Telekommunikation, Wasser und Energieversorgung). Schweizer Unternehmen erhalten damit gleichberechtigten Zugang zu einem Markt von 1500 Milliarden Euro.
Landverkehr Massnahmen zur Verlagerung des alpenquerenden Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene.	Luftverkehr Regelung des gegenseitigen Marktzugangs.	
Forschung Schweizer Unternehmen und Forschungsinstitute können an EU-Forschungsprojekten teilnehmen.	Landwirtschaft Zoll- und kontingentfreier Export von Käse und teilweise von Früchten, Gemüse, Fleisch- und Weinspezialitäten.	
(Quelle: www.bilaterale.ch)		

Anforderungen an EU-Einwanderer

Damit sich EU-Bürger dauerhaft in der Schweiz niederlassen können,

- benötigen sie einen gültigen Arbeitsvertrag oder
- müssen selbständig erwerbend sein oder
- müssen als Nichterwerbstätige ausreichend finanzielle Mittel nachweisen können.

Arbeitslose EU-Bürger können in der Schweiz während drei Monaten bewilligungsfrei nach einer Arbeit suchen, haben während dieser Zeit jedoch keinen Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung oder Sozialhilfeleistungen. Es besteht die Möglichkeit, die bewilligungsfreie Dauer zur Arbeitssuche um weitere drei Monate zu verlängern.

Franken schon genug beanspruchte Exportindustrie wäre dadurch zusätzlich benachteiligt. Angriffe auf den bilateralen Weg gilt es angesichts dessen zu vermeiden.

Das FZA ist mit der Masseneinwanderungsinitiative nicht zu vereinen. Der Initiativtext verlangt illusorischerweise, dass das FZA innert drei Jahren mit der EU neu verhandelt und angepasst wird. Ob die EU mit sich über die Personenfreizügigkeit innerhalb des Binnenraumes verhandeln lässt, ist an sich

«Industriestaaten brauchen hochqualifizierte Fachkräfte»

schon höchst fraglich. Allen voran der SVP dürfte zudem klar sein, dass solche Verhandlungen aber bereits mangels jeglichen Grundkonsenses innerhalb der schweizerischen Politik zum Scheitern verurteilt sind. Neuverhandlungen sind also aussichtslos.

Der Initiativtext verlangt jährliche Kontingente für sämtliche ausländerrechtlichen Bewilligungen, inklusive Grenzgänger und Asylsuchende. Über die Kontingentshöhe äussert sich die Initiative nicht näher, sondern hält lediglich fest, dass die gesamtwirtschaftlichen

Interessen der Schweiz zu berücksichtigen sind. Einzelheiten sollen auf Gesetzesstufe geregelt werden.

Zusätzliche Verwaltungsstellen mit Beamten und Juristen sind also nötig, um das Kontingentsystem umzusetzen. Die SVP verlangt damit unverständlicherweise die sonst oft kritisierte Ausdehnung von unnötiger Bürokratie. Wird die Kontingentshöhe zudem – wie heute schon ohne das bürokratische Brimborium – anhand der arbeitsmarktlichen Nachfrage bestimmt, löst die Initiative noch nicht einmal die allein auf die Zuwanderung geschobenen Probleme im Zusammenhang mit dem Bevölkerungswachstum.

Zu tiefe Höchstzahlen, aufgrund derer die Wirtschaft die benötigten Arbeitskräfte nicht findet, würden die gesamtwirtschaftlichen Interessen ausblenden und im Endeffekt unserem Wohlstand schaden.

Angesichts dieser Argumente erstaunt es nicht, dass ausser den Initianten alle klar gegen die Initiative sind. Der Bundesrat, die Eidgenössischen Räte, die grossen Wirtschaftsverbände (economiesuisse, Schweizerischer Arbeitgeberverband, Schweizerischer Gewerbeverband und Schweizerischer Bauernverband) ebenso wie die Gewerkschaften und die gesamte parteipolitische Landschaft von der FDP, über die CVP, BDP, GLP, EVP bis hin zur SP und den Grünen, lehnen die als Abschottungsinitiative bezeichnete Initiative deutlich ab.

FAZIT

Qualifizierte Arbeitskräfte sind der Motor einer gesunden Wirtschaft und diese ist wiederum der Schlüsselfaktor zu nachhaltigem Wohlstand. Die Initiative bringt keine Lösungen. Sie schafft jedoch unnötige Schranken für die sonst schon geforderte Wirtschaft. Gemeinsam mit einer breit abgestützten Allianz kämpft die AIHK deshalb gegen die Initiative und sagt NEIN zur Abschottung!